

LEITARTIKEL

Klaus Hurrelmann

Jetzt muss die bundeseinheitliche Schulreform kommen! – Ein Zwei-Wege-Modell ist hierfür realistischer und berechenbarer als ein Radikalumbau

Das Erziehungs- und Bildungssystem in Deutschland ist historisch gewachsen, und das ist auch gut so. Aber das System ist mit den Veränderungen von Familienstrukturen und beruflichen Qualifikationsanforderungen der letzten 50 Jahre nicht mitgewachsen. Seit Jahrzehnten diagnostizieren wissenschaftliche Studien einen eklatanten Modernitätsrückstand in drei Schlüsselbereichen: Erstens das Fehlen von ausreichenden öffentlichen Angeboten für kleine Kinder vor dem Eintritt in die Grundschule, das Familien je nach Bedarf bei ihren Betreuungs- und Erziehungsaufgaben entlastet. Zweitens die völlig unzureichende Ausstattung von Grundschulen und weiterführenden Schulen mit Nachmittagsangeboten für Erziehung und Bildung und drittens die im internationalen Vergleich kurze gemeinsame Schulzeit der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule mit der schon nach dreieinhalb Schuljahren erfolgenden Entscheidung für unterschiedliche Schultypen mit verschiedenartigen Lernprofilen und Zukunftsperspektiven, die zu erheblicher Chancengleichheit führt.

1 Modernitätsrückstände des Erziehungs- und Bildungssystems

Diese Modernitätsrückstände des deutschen Erziehungs- und Bildungssystems führen zu einer enormen Bildungsungerechtigkeit, weil es Eltern mit niedrigem sozialen Status und geringem Bildungsgrad nicht gelingt, ihren Kindern die Fähigkeiten und Qualifikationen zu vermitteln, die für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn heute notwendig sind. Die jüngsten internationalen Vergleichsstudien haben das deutsche Bildungssystem in dieser Hinsicht geradezu an den Pranger gestellt, denn es weist fast das höchste Ausmaß von sozialer Ungleichheit bei der Verteilung von Bildungschancen auf. Kinder, die ein schlechtes soziales und intellektuelles Rüstzeug beim Eintritt in die Grundschule mitbringen, können diesen Rückstand während der gesamten Schullaufbahn nicht mehr aufholen. Im Gegenteil kommt es sogar zu einer Verschärfung ihrer Benachteiligung. Zu diesen benachteiligten Schülerinnen und Schüler gehören besonders die rund 30 % Kinder und Jugendliche mit einem Migrationshintergrund.

Alles in allem handeln wir uns in Deutschland mit den veralteten Bildungsstrukturen eine völlig unzureichende Ausschöpfung der Bildungspotentiale der jungen Generation ein. Die volkswirtschaftlichen Nachteile werden schon bald sichtbar sein. Vorteile unseres Systems sind nicht zu erkennen. Im Gegenteil, noch nicht einmal die privilegierten Gruppen im deutschen Bildungssystem, die Schülerinnen und Schüler an der gymnasialen Oberstufe nämlich, erreichen im internationalen Vergleich Spitzenleistungen.

Nach jahrzehntelangem Zögern und heftigen, unfruchtbaren parteipolitischen Auseinandersetzungen zeichnet sich bei den beiden erstgenannten Modernitätsrückständen endlich eine deutliche Wende ab. Die vorige rot-grüne Bundesregierung hat mit einem geschickt angesetzten

Programm zur Förderung von Ganztagschulen Impulse für alle 16 Bundesländer geben können. Noch ist die Umsetzung eines von morgens bis nachmittags laufenden Schulalltags an den meisten neu eingerichteten Ganztagschulen pädagogisch unbefriedigend, aber die ersten Schritte sind getan. Inzwischen haben auch CDU und CSU ihren Jahre langen erbitterten Widerstand gegen die angeblich familienfeindlichen Ganztagschulen aufgegeben.

Die defizitäre Struktur der Erziehungseinrichtungen im Vorschulbereich wurde von der amtierenden schwarz-roten Koalition überraschenderweise und dann auch gleich mit erstaunlich großem Elan von einer der CDU angehörenden Familienministerin thematisiert. Auch hier hatten CDU und CSU Jahrzehnte lang jeden auch noch so bescheidenen Schritt in Richtung eines leistungsfähigen Angebots an Erziehung und Betreuung neben den Familien blockiert, weil sie krampfhaft an einem verflochtenen Familienbild festhielten. Wir können wohl davon ausgehen, dass nach den jüngsten Beschlüssen der Großen Koalition auch in diesem Politikfeld die 16 Bundesländer mit ins Boot genommen werden können und innerhalb von fünf Jahren ein Ausbaustand an Kinderkrippen und Kindertageseinrichtungen erreicht wird, der internationalen Standards standhält.

Das dritte Strukturproblem, die außerordentlich frühe Aufteilung der Schülerschaft der Grundschulen auf drei oder mehr Schulformen mit unterschiedlichen Langzeitperspektiven der Verwertung von Abschlüssen am Bildungsmarkt, muss nun dringend als Nächstes auf die politische Agenda gesetzt werden. Wieder haben wir die gleiche Ausgangssituation: Die strukturell stärksten Parteien in Deutschland in der konservativen Allianz von CDU und CSU haben sich bislang vehement und kategorisch gegen jede Veränderung des mehrgliedrigen Sekundarschulsystems gestellt. Nur in einigen ostdeutschen Bundesländern unter CDU-Regierungen, vorbildlich in Sachsen, hat es vorsichtige, pragmatische Weichenstellungen zur Entschärfung der Selektivität des weiterführenden Schulsystems durch eine Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen gegeben. In den großen westlichen Bundesländern aber haben CDU-Regierungen gerade erst wieder in jüngster Zeit zementierende Beschlüsse und Festlegungen zur Konservierung des dreigliedrigen Schulsystems gefasst. Es scheint sie wenig zu bekümmern, dass die Akzeptanz der Schulform Hauptschule von Jahr zu Jahr bei Eltern und Schülern weiter absinkt und inzwischen auch im ländlichen Bereich riesige pädagogische Probleme auf diese Schulform zukommen. Diese Landesregierungen zeigen sich auch unbeeindruckt von Appellen internationaler Organisationen, das dreigliederte Schulsystem abzuschaffen. Zuletzt hatte der Sonderberichterstatter Munoz vor der Vollversammlung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen in Genf festgestellt, in Deutschland werde das Recht auf Bildung in mehrfacher Hinsicht verletzt. Insbesondere sozial benachteiligte Schüler, Migrantenkinder und Schüler mit Behinderungen würden durch das gegliederte Schulsystem systematisch benachteiligt. Wegen der kurzen Grundschulzeit und der frühen Aufteilung der Schüler auf Gymnasien, Realschule und Hauptschule sei das System ungerecht, selektiv und diskriminierend.

2 Zeichnet sich ein Kompromiss in der Schulstrukturfrage ab?

Gibt es jetzt doch Bewegung im konservativen Lager? Im Oktober des vergangenen Jahres wurde ein internes Positionspapier der CSU-Fraktion im bayrischen Landtag bekannt, in dem die Abschaffung der Hauptschule und ihre Ersetzung durch eine Sekundarschule erwogen wurde, in der die praxisorientierte Bildung ein starkes Gewicht erhalten soll. In dem Papier heißt es, die Hauptschule sei eine von der Bevölkerung nicht mehr akzeptierte Schulform. Für viele Menschen sei das Zeugnis des Hauptschulabschlusses wenig wert. Denn die Möglichkeit, damit einen Ausbildungsplatz zu bekommen, sei in der heutigen wirtschaftlichen Situation sehr gering. Auch in Hessen wurde aus CDU-Kreisen ein ähnlich ausgerichtetes Papier bekannt.

Offiziell wurden alle diese Vorstöße sofort dementiert. Aber sie deuten auf ein Umdenken hin, auf erste tentative Versuche, das ideologisch verminten Gelände der Schulstrukturfrage zu sondieren und Reaktionen zu beobachten. Im kleinen Stadtstaat Hamburg hat die CDU jetzt effektiv gehandelt. Hier wurde die Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen formal beschlossen. Ebenso wie die dort bestehenden Gesamtschulen sollen sie schrittweise zu einer einheitlichen Schulform neben dem weiterbestehenden Gymnasium zusammengeführt werden. Die oppositionelle SPD hat im Kern zugestimmt.

Was sich hier abzeichnet, könnte ein Kompromiss für das ganze Bundesgebiet sein, und zwar nicht der schlechteste. Es ist ja wahr: Die in vielen Jahrzehnten gewachsenen Strukturen des deutschen Schulsystems im Rahmen einer Radikalreform von heute auf morgen auf das oft als Vorbild genannte skandinavische Einheitsschulsystem umzustellen, das ist politisch und pädagogisch ein äußerst riskantes Manöver. Damit würden die Gymnasien abgewürgt, die zu den heute eindeutig attraktivsten Schulen gehören. Keiner kann vorhersagen, wie Eltern hierauf reagieren würden. Keiner kann garantieren, dass hierdurch nur die erwünschten Effekte einträten. Radikalreformen sind immer unberechenbar. Wollen wir die unerträglich hohe Selektivität unseres Schulsystems wirklich schnell und nicht erst zum Sankt-Nimmerleins-Tag abbauen, dann könnte eine mit Augenmaß vorgenommene Reduktion der Vielgliedrigkeit, eine Beruhigung der zersplitterten Schulstruktur durch die Zusammenlegung von Schulformen, ein Ziel führender und berechenbarer Reformschritt sein, der auf Konsens aufbaut.

Ich habe in einem Offenen Brief an die Kultusministerinnen und -minister der 16 Bundesländer schon im November 1991 für ein solches Modell plädiert. Der offene Brief wurde in der „ZEIT“ unter dem Titel „Zwei Schulen für das eine Deutschland“ am 1. November 1991 publiziert. Damals, kurz nach der überraschenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten, gab es eine historisch einmalige Chance für eine Schulstrukturreform im frisch vereinten Deutschland. In meinen Offenen Brief musste ich aber feststellen: „Die große Chance, mit der deutschen Vereinigung auch ein einheitliches Schulsystem zu schaffen, ist bislang nicht ergriffen worden. Stattdessen wurden die schulideologischen Grabenkämpfe der alten Bundesrepublik in den neuen Bundesländern munter weitergespielt. Das hat aber dazu geführt, dass von einheitlichen Lebensverhältnissen, wie sie das Grundgesetz anmahnt, im so wichtig gewordenen Bildungsbereich nicht die Rede sein kann. Weder Eltern noch Lehrer, Kultusbeamte oder Bildungsexperten sind in der Lage, die unendliche Vielfalt des Bildungsangebotes und der Schulstrukturen in den 16 Bundesländern auch nur annähernd zu überblicken. Wir brauchen eine einheitliche Schulstruktur im vereinten Deutschland, um Orientierungssicherheit für Eltern und Schulkinder zu schaffen“.

Als konkreten Vorschlag habe ich ein „Zwei-Wege-Modell“ für das Sekundarschulsystem in allen 16 Bundesländern konzipiert. Hauptschulen, Realschulen und – sofern sie in der Mittelstufe existieren – Gesamtschulen, so der Vorschlag, werden zu einer einheitlichen Schulform zusammengefasst, erhalten einen in allen 16 Bundesländern identischen Namen (zum Beispiel „Fachgymnasium“ oder „Sekundarschule“), bekommen nach fairen, rein Aufgaben orientierten Kriterien Finanzzuwendungen, aber auf keinen Fall weniger als die Gymnasien, und können entsprechend auch auf gleichwertig profilierte Lehrkräfte zurückgreifen. Die neuen Sekundarschulen entwickeln ein eigenes, auf Interdisziplinarität und Projektarbeit, Lebenswelt- und Praxisbezug ausgerichtetes pädagogisches Konzept und erhalten so die Chance, dem Gymnasium pädagogisch „Konkurrenz“ zu machen. Aussichtsreich umsetzbar, so das Konzept weiter, ist das nur, wenn Fachgymnasien/Sekundarschulen eine eigene Oberstufe haben, die sich etwa aus der Weiterentwicklung der heutigen Berufsschulen, Berufskollegs und anderen teilweise schon bestehenden Einrichtungen neben der gymnasialen Oberstufe bilden kann. An dieser Oberstufe

müssen unbedingt auch die Abschlüsse der Fachhochschulreife und der Hochschulreife (Abitur) erworben werden können.

3 Die Hauptschulen müssen sofort aufgelöst werden

Auf meine damalige Initiative hin hat es rege öffentliche Diskussionen gegeben. Politisch geschehen ist aber nichts. CDU und CSU haben den Vorschlag als unzeitgemäß und überflüssig zurückgewiesen und auf die angeblich hervorragenden Erfahrungen mit dem dreigliedrigen Schulsystem verwiesen. Die SPD als zweite große Volkspartei, auf die es in einer solchen nur im politischen Konsens zu lösenden Schlüsselfrage unbedingt ankommt, hat meine Initiative als Verrat an der von ihr angeblich angestrebten Idee eines einheitlichen Schulsystems abgelehnt.

Beide Volksparteien hatten 1991 offensichtlich großes Interesse daran, dass alles beim Alten blieb. Beide nahmen es tatenlos hin, dass seit der deutschen Vereinigung die Hauptschule immer mehr an Zuspruch verlor. Die Hauptschule verdiente ihren Namen schon 1992 nicht mehr, als sie nur noch auf einen Anteil von 31,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den siebten Jahrgängen kam und vom Gymnasium überholt wurde. Auch verkrampte Versuche in Bayern und Baden-Württemberg, wo noch ein vergleichsweise hoher Anteil der Schülerschaft die Hauptschulen besucht, diese Schule durch Förder- und „Fitness“-Programme aufzuwerten, haben nicht geholfen. Ebenso wenig wie peinliche Bemühungen, durch gezieltes Erschweren des Übergangs an das Gymnasium künstlich eine Umleitung von Schülerinnen und Schülern in die Hauptschule zu erreichen. Alle diese politischen Notaktionen haben an dem Trend zum pädagogischen Ausbluten der Hauptschule nichts geändert.

In unverantwortlicher Weise wird in den meisten westlichen Bundesländern mit dem Festhalten an der Schulform Hauptschule eine strukturelle Benachteiligung der Bildungslaufbahnen von Tausenden und Abertausenden von Schülerinnen und Schülern betrieben. Seit den 1970er Jahren beobachten wir, dass sich Hauptschulen zunehmend in ein Sammelbecken für Kinder aus den unteren Sozialschichten, aus problematischen Familienverhältnissen und aus Einwanderer- und Ausländerfamilien verwandeln. Dabei wird der Anteil der männlichen Schüler immer größer, sie gehören zu den auffälligen Verlierern im Bildungsbereich. Die letzte Shell Jugendstudie hat hierzu beängstigende Zahlen vorgelegt. Seit dem Hilferuf des Lehrerkollegiums der Berliner Rütli-Hauptschule ist öffentlich bekannt, wie viele Lehrkräfte an Hauptschulen sich pädagogisch in einer Sackgasse und mit ihrem professionellen erzieherischen Können am Ende fühlen. Sie haben eine Schülerschaft vor sich, die so starke pädagogische Herausforderungen stellt, dass sie ihnen auch bei größtem Einsatz unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nicht gerecht werden können. Vor allem in großstädtischen Brennpunktbereichen ist ein Unterricht nach Lehrplan nach Aussage vieler Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer oft nicht mehr möglich.

Der Schulform Hauptschule werden heute soziale, kulturelle, religiöse und geschlechtsspezifische Integrationsleistungen abverlangt, die sie mit ihren gegebenen Strukturen nicht bewältigen kann. Die Schülerschaft ist durch eine institutionelle Negativauslese gekennzeichnet. Sie stellt dadurch die sozialpädagogisch mit Abstand anspruchsvollsten Anforderungen an die Lehrkräfte, die hierfür aber nicht ausgebildet sind. Das Resultat ist ein erschöpftes und resigniertes Lehrerkollegium, eine frustrierte Schülerschaft und eine schwindende Akzeptanz dieser Schulform in der Elternschaft. Mit vermehrten persönlichen Bemühungen und pädagogischen Anstrengungen kann auch der beste Hauptschullehrer und die beste Hauptschullehrerin dieser Ausgangssituation nichts entgegensetzen. Es muss eine Lösung struktureller Natur eingeleitet werden, indem die Hauptschulen sofort aufgelöst werden.

Mit genau diesen Argumenten habe ich im Herbst 2006, 15 Jahre nach meinem ersten Offenen Brief, erneut an die 16 für das Schulsystem verantwortlichen Ministerinnen und Minister der Bundesländer geschrieben. Ich habe an die Verantwortung dieser Politikerinnen und Politiker für die Gestaltung der Bildungsgänge für die junge Generation appelliert und argumentiert: „Meiner Auffassung nach dürfen Sie es nicht länger gestatten, dem knappen Viertel der Schülerschaft, das heute im Bundesgebiet Hauptschulen besucht, schon von vornherein – wie es die Schülerinnen und Schüler nach den vorliegenden Studien selbst pessimistisch einschätzen – ungünstige und sogar aussichtslose Ausgangspositionen am Ausbildungs- und Berufsmarkt zuzuweisen. Sie haben zugleich die Verantwortung, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an Hauptschulen zu verbessern“. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass vor allem Jungen und junge Männer unter dieser Entwicklung leiden.

Bisher blieb auch dieser Appell ohne Echo, noch traut sich kein einflussreicher Politiker aus der Deckung. Aber: Das verhaltene politische Signal aus Hamburg könnte ein Zeichen dafür sein, dass nun endlich doch über politische Alternativen zur traditionellen, an ständischen Mustern des Kaiserreichs orientierten und deshalb total veralteten Schulstruktur in Deutschland nachgedacht wird. Jedenfalls hat eine CDU-Regierung in einem wenn auch recht kleinen Bundesland des Westens demonstriert, wie ein erster Schritt in Richtung eines faireren, chancengerechteren und weniger selektiven Bildungssystems für Jugendliche aussehen kann.

4 Herausforderungen an ein Zwei-Wege-Modell

Soll das Zwei-Wege-Modell als ein wirkungsvolles Konzept für den Abbau der Selektivität im deutschen Bildungssystem umgesetzt werden, dann sind wichtige Aspekte zu beachten:

1. Eine nur mechanische Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen und/oder Gesamtschulen, ohne dass an den Mittelzuweisungen, der Ressourcenausstattung, der Lehrerruweisung, der Lehrerbezahlung, den Lehrplänen und der internen pädagogischen Arbeitsstruktur etwas geändert wird, ist ineffektiv. Eine Addition von bisher getrennten Schulformen reduziert noch nicht die problematische Negativauslese der Schülerschaft und führt in der Wahrnehmung von Eltern und Schülern auch nicht dazu, die neue Sekundarschule als gleichwertig oder sogar überlegen gegenüber dem Gymnasium einzuschätzen. Dafür ist ein hervorragendes Lehrerkollegium mit einem in sich stimmigen Schulkonzept und einer professionell geschulten Leitung notwendig. Denn es geht um die Aufgabe, neben dem wissenschaftsorientierten Allgemeinbildungsprogramm des Gymnasiums ein eigenständiges interdisziplinäres, an Projektarbeit orientiertes Bildungsprogramm der Sekundarschule zu entwickeln, in das lebenswelt- und berufsbezogene Elemente eingehen. Zentral wichtig ist, der neuen Sekundarschule tatsächlich die strukturelle Ausstattung zu geben, die sie benötigt, um mit ihrer schwierigen und anspruchsvollen Schülerschaft angemessen umzugehen. Dazu können diejenigen Vergünstigungen durch bevorzugte Ganztagsausstattung und zusätzliche Lehrerstellenzuweisung gehören, die heute in so manchem Bundesland den dahinsiechenden Hauptschulen als letzte Liebesgabe offeriert werden. An der neu gestalteten Sekundarschule lassen sich solche Investitionen weit wirkungsvoller umsetzen, weil sie in ein breiteres Allgemeinkonzept eingefügt und für eine soziale und leistungsmäßig gemischtere Schülerschaft als die der heutigen Hauptschule aktiviert werden können. Aber ausreichend ist das nicht. Die neue Schulform wird insgesamt deutlich teurer als die in sie eingehenden Ausgangsmodelle Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Nur so dann kann sie eine lebendige und attraktive Schulform werden, die dem Gymnasium pädagogisch Paroli bietet.

2. Die Errichtung einer einheitlichen weiterführenden Schule neben dem Gymnasium hat langfristig nur Aussicht auf Erfolg, wenn zwei bildungspolitische Bedingungen erfüllt werden. Erstens darf die Wahl einer der beiden Schulformen im Anschluss an die Grundschule nur von den Eltern vorgenommen werden. Zweitens darf ein einmal an einer Schule akzeptierter Schüler nicht an die jeweils andere Schule verwiesen werden, wenn er in Leistungsschwierigkeiten kommt. Beide Schulformen müssen also völlig frei wählbar sein und beide müssen die pädagogische Verpflichtung haben, ihre einmal aufgenommene Schülerschaft zu halten, intensiv zu fördern und die Leistungs- und Entwicklungspotentiale jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin so weit wie möglich zu entfalten. Dazu sind angemessene Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ideal ist es, wenn Leistungsparameter die Geldzuweisung des Schulträgers danach steuern, wie aufwändig (etwa nach dem Urteil eines unabhängigen Expertenrates) die pädagogische Arbeit mit den jeweils aufgenommenen Schülerinnen und Schülern ist. Die unsinnige Praxis, Pauschalsummen an Schulen zu überweisen, die in keiner Beziehung zu den tatsächlich geleisteten pädagogischen Förderarbeiten stehen, ist schnellstens zu beenden.
3. Die Errichtung einer einheitlichen Sekundarschule neben dem Gymnasium wird langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn diese Schule von Anfang an eine eigene Oberstufe hat. Die Oberstufe muss organisatorisch und räumlich für Eltern und Schüler schon bei der Anmeldung in der fünften Klasse wahrnehmbar sein, denn sie alle wissen genau, wie wichtig ein hochwertiges Abschlusszeugnis aus der Sekundarstufe II ist. Durch räumliche Umorganisation muss versucht werden, die neuen Fachgymnasien/Sekundarschulen mit den heutigen Berufsschulen und Berufskollegs in ein genau abgestimmtes Konzept zu bringen. Wie in der Mittelstufe sollten auch in der Oberstufe finanzielle Anreizsysteme in Kraft gesetzt werden, die diejenige Schule belohnen, die nachweisbar erfolgreiche individuelle Förderung betreibt – immer gemessen an dem Ausgangsniveau, mit dem die Schülerinnen und Schüler in die Schule aufgenommen wurden. Und noch eins ist wichtig: Die Abschlusszeugnisse müssen an beiden verbleibenden Schulformen identisch sein. Die jetzigen Institute des Hauptschulabgangs- und -Hauptschulabschluss-Zeugnisses sollten gestrichen werden.

Werden bei der Umstrukturierung der Sekundarstufenschulen in zwei gleichberechtigte Schulformen diese Orientierungspunkte beachtet, dann kann nach meiner Überzeugung ein Neuanfang für die deutsche Schulentwicklung gemacht werden, der in den politischen Volksparteien und in allen 16 Bundesländern konsensfähig ist. Die wertvollen pädagogischen Impulse, die in den letzten Jahrzehnten von Hauptschulen ausgegangen sind, können im Rahmen dieses Zwei-Wege-Modells bewahrt und in den breiteren pädagogischen Kontext der Sekundarschule/des Fachgymnasiums überführt werden. Die organisatorische und soziale Isolierung der heutigen Schülerschaft der Hauptschule wäre damit sofort überwunden. Und vor allem würde die bildungspolitisch nicht mehr akzeptable und leistungsmäßig nicht mehr wettbewerbsfähige Selektivität des deutschen Schulsystems zurückgeschraubt.

Durch das Denken in Schulformhierarchien gelingt es den drei Schulformen in der Sekundarstufe heute nicht, ein Bildungsprogramm flexibel auf den einzelnen Schüler und die einzelne Schülerin auszurichten und schrittweise die Förder- und Forderstrukturen an die sich entwickelnde Fähigkeiten und Kompetenzen eines Kindes anzupassen. Im Gegenteil denkt unser heutiges Schulsystem von den vorhandenen Institutionen, also den drei fixierten Schulformen und ihren Programmen aus und fragt, ob ein Schüler oder eine Schülerin sich dem System anpasst. Wird eine Nichtanpassung festgestellt, besteht das Bestreben, den Schüler weg zu verweisen.

Hierdurch ist eine institutionelle pädagogische Verantwortungslosigkeit entstanden, die einer Förderkultur absolut entgegensteht. Hier liegt die eigentliche Ursache für die soziale Selektivität

tät unseres Schulsystems. Durch die von mir vorgeschlagene Schulreform einschließlich der erwähnten Anreizsysteme für die Stärkung der individuellen Leistungsförderung von Schülerinnen und Schülern passt sich das Schulsystem dem einzelnen Schüler und der einzelnen Schülerin und deren Ausgangssituation und Entwicklungspotential besser als das mehrgliedrige an. Aus diesem Grund lohnt sich der Schritt zur Umorganisation. Die bildungspolitisch nur schwer berechenbare Radikalreform mit dem Schritt zum Einheitssystem können wir uns so auf einige Zeit sparen. Sollte sie sich aber als sinnvoll erweisen, ist der Schritt vom Zwei-Wege-Modell zur differenzierten Einheitsschule auch nicht mehr weit.

Verf.: Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, Professor für Sozial- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld, Leiter der Shell Jugendstudien 2002 und 2006 und der World Vision Kinderstudie 2007, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld, E-Mail: klaus.hurrelmann@uni-bielefeld.de